

Ausweitung extrem rechter Feindbilder und Aktivitäten

Ergebnisse der Dokumentation der Berliner Register für das Jahr 2025

Im Jahr 2025 haben die Berliner Register einen neuen Rekordwert erreicht: 8286 Vorfälle wurden erfasst, 566 mehr als im Vorjahr. Die Stärke zivilgesellschaftlichen Monitorings liegt in dessen Netzwerk: Denn die Stadtgesellschaft sensibilisiert sich. Ihre engagierten Melder*innen tragen zur höheren Sichtbarkeit alltäglicher Diskriminierung bei. Gleichzeitig nehmen menschenfeindliche Einstellungen auch jenseits der extremen Rechten zu, werden offener geäußert und münden in Ausgrenzungen, Sachbeschädigungen und gewalttätigen Angriffen.

Trends, die sich schon im Vorjahr in der Dokumentation andeuteten, spitzten sich im Jahr 2025 zu. Anhaltende Krisen wie Kriege im Nahen und Mittleren Osten, die rassistisch aufgeladene Migrationsdebatte und die erneute Infragestellung geschlechtlicher Selbstbestimmung verstärkten wachsende Unsicherheit bei Minderheiten. Angesichts globaler Forderungen nach Kriminalisierung antifaschistischer Bewegungen und bundesweite Angriffe auf die organisierte Zivilgesellschaft sehen sich gegen rechts engagierte Menschen mit Anfeindungen konfrontiert. Extrem rechte Akteure gewinnen an Einfluss, insbesondere unter jungen Menschen, wie Studien zeigen.

Besonders viele Vorfälle dokumentierten die Berliner Register 2025 in den Ostberliner Bezirken: Auf Treptow-Köpenick entfielen 1238 Vorfälle, mit einem hohen Anteil extrem rechter Propaganda. Auch Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg wiesen viele Vorfälle auf. Neonazistische und vor allem jugendliche Gruppierungen versuchen sich in diesen Bezirken zu etablieren. In Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg zeigte sich eine umkämpfte Innenstadt: Die extreme Rechte wagte sich mit Demonstrationen dorthin vor, in Mitte fanden auch zahlreiche antisemitische Demonstrationen statt. Zufallsbegegnungen im Alltag verliefen in beiden Bezirken besonders gewaltvoll.

Auch in ganz Berlin stiegen die Vorfälle, bei denen Menschen direkt angegriffen wurden: Von 423 Angriffen (5 Prozent der 8286 Gesamtvorfälle) war mehr als jeder zweite rassistisch motiviert, auffällig oft gegen Minderjährige. Die extreme Rechte griff zunehmend ihre politischen Gegner*innen an (2025: 67; +40 Angriffe gegenüber Vorjahr). 1388 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2025: 17 Prozent) waren in fast jedem zweiten Fall rassistisch motiviert und fast jedes vierte Mal antisemitisch. Mehr als jede zweite der insgesamt 408 Veranstaltungen (5 Prozent) verbreitete antisemitische Inhalte, ein erneuter Anstieg.

Die häufigste Aktionsform ist Propaganda, also die Verbreitung diskriminierender und extrem rechter Botschaften in Form von Aufklebern, Schmierereien oder Flyern (65 Prozent). Was für Täter*innen leicht massenhaft umsetzbar ist, erzeugt bei Betroffenen ein ständiges Bedrohungsgefühl. Während Neonazis immer mehr Onlineshops mit günstigen Hetzstickern vertreiben, melden und entfernen engagierte Personen diese zunehmend aus dem Straßenbild. Inhalte gegen politische Gegner*innen,



neonazistische Symboliken und Eigenwerbung extrem rechter Gruppierungen machten zusammen über die Hälfte der Propagandavorfälle aus. Jeweils ein Fünftel war antisemitisch oder rassistisch motiviert.

Nie zuvor wurden so viele antifeministische und LGBTIQ*-feindliche Vorfälle dokumentiert. Queere Menschen wurden zunehmend auch als politische Gegner*innen der extremen Rechten identifiziert. Behindertenfeindlichkeit und Feindschaft gegen Obdachlose wiesen ein hohes Maß an struktureller Benachteiligung, versteckter Gewalt und ein besonders großes Dunkelfeld auf.

Normalisierung von Rassismus: Mehr Hetze, mehr Gewalt

Die dokumentierten Fälle von Rassismus nehmen seit Jahren zu. Im Jahr 2025 ist die Zahl erneut um 30 Prozent angestiegen auf 2320. Damit hatte ein Viertel aller erfassten Vorfälle ein rassistisches Motiv, es gab mehr Vorfälle als bei jeder anderen Betroffenenengruppe. Am größten war der Zuwachs an Meldungen, bei denen Menschen aus rassistischen Gründen verbal oder körperlich angegriffen wurden. Die Innenstadt stach stark hervor: Über 200 solcher Vorfälle wurden in Mitte, über 100 in Friedrichshain-Kreuzberg dokumentiert.

Auch rassistische Aufkleber, Schmierereien und Veranstaltungen wurden mehr gemeldet. Feindbilder und Narrative wie der Mythos einer „schleichenden Islamisierung“ wurden verstärkt im öffentlichen Raum verbreitet. Seit 2023 haben sich Meldungen rassistischer Propaganda verdreifacht und sind auf über 1000 gestiegen. Durch diese niedrigschwellige Aktionsform entsteht ein sofortiger Effekt: Betroffene werden im Alltag ständig mit Inhalten wie „Ausländer raus“ konfrontiert, direkt adressiert und eingeschüchtert. An einer Bushaltestelle in Wilmersdorf wurden zum Beispiel ein Hakenkreuz und der Tötungsaufruf „Kill all Moslems“ angebracht.

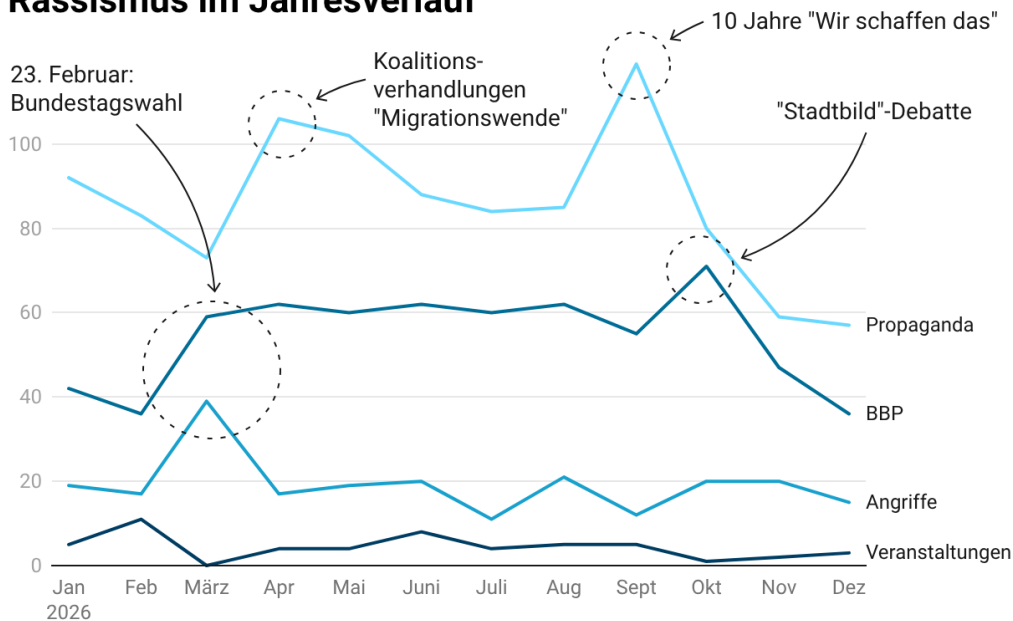
Instrumentalisierung im Wahlkampf: Migration als Sündenbock

Im Bundestagswahlkampf wurden die Anschläge in mehreren Städten von verschiedenen Akteuren instrumentalisiert, um gegen Migrant*innen zu hetzen. Die extreme Rechte nutzte die erhöhte Aufmerksamkeit im Wahlkampf als strategisches Gelegenheitsfenster, um sich mit ihrer Ideologie zu platzieren: Ein Berliner „Die Heimat“-Ortsverband verteilte in dieser Zeit Flyer, die „Migration tötet“ titelten (Quelle: Register Reinickendorf). Nicht-Deutschen wurde pauschal Gewalttätigkeit unterstellt und eine Forderung nach Ausweisung damit verbunden. Der Begriff „Remigration“ wird seit Jahren immer häufiger verwendet und verbreitete sich auch außerhalb extrem rechter Spektren. In den Vorfällen der Register hat er sich seit 2024 verdoppelt und wurde 316-mal gezählt. Diese Normalisierung folgt der Strategie von Gruppen wie der extrem rechten „Identitäre Bewegung“ (IB), die den Begriff bereits seit zehn Jahren gezielt nutzen.

Ehemaligen Regierungsparteien wie Bündnis 90/Die Grünen wurde in Schmierereien und Aushängen während des Wahlkampfes vorgeworfen, Gewalt durch Geflüchtete zu unterstützen. Auch machte die „IB“ eine Aktion vor der SPD-Zentrale. Dabei stellte sie eine Szene mit Anschlagsoffern dar. Der ehemalige Kanzler wurde dabei mithilfe von KI als Amokfahrer gezeigt. Bei Pöbeleien gegen nicht-weiße Personen wurde ein möglicher Wahlerfolg der AfD mehrfach als Drohkulisse eingesetzt: In Friedrichshain bedrohte ein älteres Ehepaar eine junge Mutter mit den Worten: „Es wird Zeit, dass die AfD an die Macht kommt und etwas gegen diese Kan*ck*n unternimmt!“ (Quelle: Register Friedrichshain-Kreuzberg, Reddit)



Rassismus im Jahresverlauf



Erstellt mit Datawrapper

Alltagstäter fühlen sich bestärkt – Gewalt trifft vor allem Frauen

Völkische Vorstellungen davon, wer zu Deutschland gehört und wer nicht, werden immer verbreiteter. Das zeigt sich nicht nur an Neonazi-Aufklebern mit Aufschriften wie „Nix Yallah – Hier wird Deutsch gesprochen“, die 2025 in Berlin breit verteilt wurden. Während bundesweit rassistische Positionen immer salonfähiger werden, gingen auch die Meldungen verbaler und körperlicher Übergriffe in Berlin in die Höhe. Direkt nach der Bundestagswahl stiegen rassistische Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffe steil an, im Durchschnitt ereignete sich im März mehr als ein Fall rassistischer körperlicher Gewalt am Tag. Im Oktober, als es Diskussionen um die Zugehörigkeit nicht-weißer Personen im „Stadtbild“ gab, wurden in einem Monat über 70 verbale rassistische Anfeindungen dokumentiert. Die Täter*innen sind keine organisierten Neonazis. Es handelte sich meist um Personen, die bei zufälligen Begegnungen im Alltag Leute attackierten, die sie als nicht-deutsch wahrnahmen. Die mediale Befuerung von Vorstellungen wie einer vermeintlichen „Überfremdung“ und die Projektion gesellschaftlicher Probleme auf Migration gefährden zunehmend das Sicherheitsgefühl nicht-weißer Menschen in Berlin.

Hier spielte auch das Geschlecht eine Rolle: Besonders Frauen und Mädchen mit Kopftuch, aber auch Schwarze, als asiatisch oder als Romnja wahrgenommene Frauen und Mädchen waren häufiger von rassistischen Übergriffen im Alltag betroffen als Männer. Täter sehen in ihnen eine leichte Angriffsfläche und die abwertenden Aussagen gingen oft mit Sexismus einher. Gleichzeitig waren die Täter größtenteils männlich. Betroffene wurden im Supermarkt, in der U-Bahn und auf der Straße bespuckt, getreten, am Kopftuch gerissen. Häufig waren auch Mütter im Beisein ihrer Kinder betroffen.

Diskriminierung und Gewalt in Schule und Alltag:

Rassismus trifft Kinder besonders

Kinder und Jugendliche als Betroffene von Diskriminierung sind eine besonders verletzbar Gruppe. Vorfälle, bei denen Minderjährige direkt oder indirekt von körperlicher Gewalt (43), struktureller



Benachteiligung (55) oder verbalen Anfeindungen (112) betroffen waren, sind gestiegen. Im Bereich Rassismus ist der Anteil am größten: Mehr als jeder sechste rassistisch motivierte Angriff betraf Minderjährige. Insbesondere traf bei den erfassten Angriffen gegen Schwarze Menschen jeder Dritte, bei den antiziganistisch motivierten Angriffen sogar 80 Prozent Kinder und Jugendliche. So beschimpfte ein Mann in der U-Bahn ein Kind als „Gauener“, schubste es und verwendete die rassistischen Fremdbezeichnung für Rom*inja (Quelle: Amaro Foro).

Betroffene erfuhren die Beleidigungen und Angriffe teils durch andere Kinder und Jugendliche, häufig im Schulbereich. Eine weitere Ebene der Diskriminierung kam hinzu, wenn die verantwortlichen Erwachsenen nicht eingriffen. Manchmal gaben sie den Betroffenen von rassistischem Mobbing sogar selbst die Schuld. In vielen Fällen handelte es sich um erwachsene Täter*innen. Auf der Straße, Spielplätzen oder in der BVG kam es zu unvermittelten Gelegenheitstaten durch Passant*innen gegenüber Minderjährigen, die sie als nicht-weiß wahrnahmen. In einigen Fällen wurde auch pädagogisches Personal gewaltdtätig gegen zum Beispiel Schwarze Kinder in ihrer Obhut. Ein weiteres Phänomen sind rassistische Pöbeleien und Angriffe gegen Eltern im Beisein ihrer Kinder. Sie sind mitbetroffen: Sie mussten erleben, wie die Familie im Wohnumfeld durch Nachbar*innen bedroht wurde, wie die Mutter beim gemeinsamen Spaziergang aufgrund ihres Kopftuchs beschimpft wurde oder wie der Vater vor den eigenen Augen erst rassistisch beleidigt, dann gegen den Kopf geschlagen und getreten wurde.

Auch jeder sechste erfasste Fall rassistischer Benachteiligung in Bildungseinrichtungen und Behörden traf Minderjährige. In einem Fall kam es dazu, dass Kinder, die als Rom*inja wahrgenommen werden, unangemessen lange keinen Schulplatz erhielten und sie dadurch nicht beschult wurden. Trotz des Zuwachses bei Vorfällen gegen Minderjährige ist das Phänomen vermutlich verbreiteter, als die Dokumentation darstellen kann. Gerade aus Schulen wird wenig nach außen bekannt, wenn betroffene Kinder oder ihre Eltern nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Auch gezieltes diskriminierendes Mobbing durch Mitschüler*innen, insbesondere im digitalen Raum, kann kaum abgebildet werden.

Festigung extrem rechter Jugendgruppen in Berlin: neue Feinbilder, Allianzen und Strategien

Die im Jahr 2024 wiedererstarbte extrem rechte jugendkulturelle Bewegung hat sich 2025 etabliert. Ein weiteres starkes Wachstum blieb jedoch aus. Stattdessen festigten sich die bestehenden Gruppen und orientierten sich mehr an etablierten extrem rechten Akteuren. Im Herbst näherte sich die „Deutsche Jugend Voran“ der Partei „Die Heimat“ an, zunächst durch interne Schulungen und „Anwärtertreffen“, später auch bei öffentlichen Veranstaltungen.

Mit dieser Entwicklung verschoben sich auch die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer Aktivitäten: Während 2024 noch queerfeindliche Mobilisierungen im Fokus standen, richtete sich das Feindbild 2025 verstärkt gegen Antifaschist*innen. Versuche, während der Pride-Saison an frühere Mobilisierungserfolge anzuknüpfen, blieben weitgehend erfolglos. Bei den sechs Gegenkundgebungen verschiedener Jugendgruppen zu Berliner Pride-Paraden kamen nur 20–60 Teilnehmende zusammen. Andere Aktionsformen gewannen an Bedeutung: Die Aufmärsche „gegen Linksextremismus“ in Mitte und Friedrichshain im Winter 2024 und Frühjahr 2025 gehörten zu den größten extrem rechten Mobilisierungen in Berlin der letzten Jahre. Hier kamen die Jugendlichen mit Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Sie konnten durch breite Gegenproteste häufig verhindert oder verkürzt werden. Neu waren auch gezielte Störaktionen antifaschistischer Veranstaltungen: Kleine



Gruppen Jugendlicher zogen los, um zum Beispiel „Hermsdorf steht vereint für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ oder eine Veranstaltung der „Omas gegen rechts“ zu belästigen – Jugendgruppen beteiligten sich am Jahresende schließlich auch an Verteilaktionen rassistischer Flyer mit der Partei „Die Heimat“.

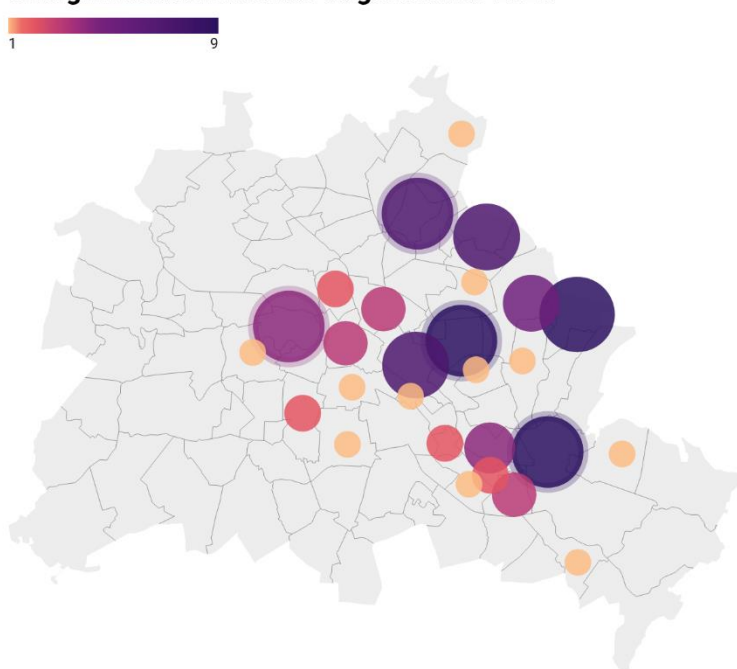
Politische Gegner*innen im Fokus: Von Propaganda zu Attacke

Mit dieser Festigung ging auch eine Zunahme der „Anti-Antifa“-Vorfälle einher. Diese knüpfen an langjährige neonazistische Kampagnenarbeit an. Die ohnehin hohe Zahl von Propagandameldungen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten stieg somit deutlich an: Mit über 1400 Fällen ist dies inzwischen das häufigste Motiv bei extrem rechten Aufklebern und Graffiti in Berlin. Besonders verbreitet ist hierbei der Neonazi-Code „1161“ („Anti-Antifaschistische Aktion“). Dessen Ausweitung in der Stadt deutet auf ein Fortschreiten extrem rechter Ideologie als jugendkulturelle Bewegung hin. Die extreme Rechte adressierte die LGBTIQ*-Bewegung zunehmend als politischen Gegner. Das zeigte sich zum Beispiel in der Verbreitung von Aufklebern mit Slogans wie „Zecken boxen“, auf denen neben Antifa-Symbolen auch eine durchgestrichene Regenbogenflagge abgebildet ist. Das kann auch als Resultat der gegen CSDs gerichteten Aktionen junger Neonazis gesehen werden.

Parallel dazu war ein deutlicher Anstieg extrem rechter Gewalt gegen politische Gegner*innen zu verzeichnen. Die Zahl der dokumentierten Fälle wuchs von 27 auf 67 im Jahr 2025 (+ 148%). Extrem rechte Jugendliche waren für einen Teil dieses Anstiegs verantwortlich. Aber auch andere Menschen griffen Personen an, die sie aufgrund ihres Aussehens oder antifaschistischer Symbole mit dem Feindbild „Zecke“ markierten. Gestiegen sind zudem die Vorfälle, bei denen Menschen mit Gewalt konfrontiert wurden, weil sie extrem rechte Aufkleber entfernt haben – zum Beispiel mit Reizgas (Quelle: Polizei Berlin). Auch Menschen, die zivilcouragiert bei diskriminierenden Aussagen Widerrede leisteten, gerieten dafür ins Visier von Tätern: Als ein

Mann in einer Kneipe für seine rassistischen Aussagen über geflüchtete Menschen konfrontiert wurde, schlug er der Person ins Gesicht (Quelle: Register Treptow-Köpenick). Im Wahlkampf kam es zu Anfeindungen gegen Wahlkampfhelfer*innen und Störung von Wahlkampfständen demokratischer Parteien, in vielen Fällen durch Jugendliche. Die Gewalt richtete sich auch gegen politisch aktive junge Menschen, wie einen Schüler aus Hohenschönhausen, der nach monatelangen Drohungen von einer Gruppe extrem rechter Jugendlicher gejagt wurde (Quelle: Register Lichtenberg).

Übergriffe extrem rechter Jugendlicher 2025



Erstellt mit Datawrapper



Dynamik kollektiver Gewalt im Alltag

Aktivitäten extrem rechter Jugendlicher konzentrierten sich auf mehrere lokale Schwerpunkte. Neben dem östlichen Stadtrand (Hohenschönhausen, nördliches Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Köpenick) traten auch Friedrichshain und Mitte hervor. Die rund 100 ihnen zugeordneten Angriffe und Bedrohungen ereigneten sich bei der An- und Abreise von extrem rechten Demonstrationen, im ÖPNV und in öffentlichen Räumen wie Parks und „Lost Places“. Zur Zielscheibe wurden alternativ oder links aussehende sowie nicht-weiße Menschen. Die Pöbeleien und Angriffe geschahen überwiegend aus größeren Gruppen heraus und nicht durch Einzelpersonen: In Johannisthal bewarf eine Gruppe Jugendlicher mit Kastanien nach zwei händchenhaltenden Männern (Quelle: Register Treptow-Köpenick), in Buch beschimpften elf Jugendliche einen Mann rassistisch und warfen Steine nach ihm (Quelle: t-online).

NS-Gedankengut im Stadtbild

Nationalsozialistische Ideologie verbreitet sich unter Jugendlichen zunehmend. Es wurden insgesamt mehr Parolen und Propaganda mit Codes wie „Heil Hitler“ oder Hakenkreuzen erfasst. Es gab berlinweit erstmals über 1000 solcher Vorfälle. Etwa ein Viertel der Pöbeleien, zum Beispiel das Zeigen des Hitlergrußes, lässt sich dabei jungen Menschen zuordnen. Insbesondere in Lichtenberg, einem Bezirk mit historisch verankerter Neonazi-Szene, hat sich die Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus im Straßenbild mehr als verdoppelt. Doch auch am westlichen Stadtrand sind solche Meldungen gestiegen. Das deutet auf Raumgewinne für neonazistisches Gedankengut und der Erweiterung von Grenzen des Sagbaren als breites gesellschaftliches Problem hin.

Kampf um die Straße:

Neonazi-Parteien „Der III. Weg“ und „Die Heimat“ in Berlin

Die neonazistische „Nationalrevolutionäre Jugend“ (kurz: NRJ, Parteijugend von „Der III. Weg“) unterscheidet sich von anderen extrem rechten Jugendgruppen, weil sie streng organisiert und ideologisch gefestigt ist. „Der III. Weg“ bleibt die präsenteste extrem rechte Gruppierung in der Stadt (772 Vorfälle). Nicht alle verbreiteten Sticker sind dabei auf Parteimitglieder zurückzuführen – auch ungebundene junge Neonazis bestellen und verkleben deren Propaganda mit Slogans wie „Familienglück statt LGBTQ“ oder „Deutschland den Deutschen“. Die Partei setzt auf einen „Kampf um die Straße“ statt auf Wahlerfolge und hat 2025 ihre öffentliche Präsenz ausgebaut: In Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg fanden über 15 Infostände statt, teils zeitgleich an verschiedenen Standorten unter dem Motto „Sturm auf Berlin“. Sie dienen der Demonstration von Stärke in der Region, der Verbreitung extrem rechter Inhalte und der Rekrutierung junger Menschen für die NRJ. Kampfsporttrainings der NRJ, die der Schulung gewaltsamen Vorgehens und der öffentlichen Einschüchterung dienen, nahmen 2025 ab. In Pankow hatte es zuvor zivilgesellschaftlichen Protest gegeben. Seit Frühjahr 2026 kam es allerdings erneut zu solchen Trainings. Die hier eingeübte Gewalt wurde erneut mit organisierten Überfällen in linke Kieze getragen: Im Mai griffen acht NRJ-Mitglieder bewaffnet ein Hausprojekt in Friedrichshain an (Quelle: Register Friedrichshain-Kreuzberg). Im März marschierten 250 „Der III. Weg“-Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet in Hellersdorf auf. Allein im Umfeld dieser Demonstration wurden 15 Pöbeleien und Angriffe dokumentiert, zum Beispiel gegen Pressevertreter*innen (Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf).



„Die Heimat“ (ehemals NPD) versuchte im Jahr 2025 wieder an Bedeutung zu gewinnen, unter anderem durch die Anknüpfung an die Popularität extrem rechter Jugendgruppen. Im Unterschied zu „Der III. Weg“ hat „Die Heimat“ in Berlin seit einigen Jahren keinen Ableger ihrer Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) mehr. Im Zuge des angestrebten Revivals haben die Veranstaltungen in der Bundeszentrale von „Die Heimat“ in Köpenick ab Herbst zugenommen. Für Nachbar*innen stellt dies eine verschärfte Bedrohungslage dar: Im Dezember wurde eine Gruppe Jugendlicher, die von einer Veranstaltung aus dem nahegelegenen Jugendclub kam, von einer Gruppe junger Neonazis angegriffen (Quelle: Register Treptow-Köpenick). Zudem verteilte „Die Heimat“ vermehrt rassistische Flyer in Briefkästen und führte kleinere Aktionen gemeinsam mit jungen Neonazis der DJV und der „Jägertruppe“ durch. Zum ersten Mal seit Jahren meldete die Partei eine eigene Demonstration an, die sich gegen Sint*izze und Rom*nja richtete. Zu der für „Die Heimat“-Versammlungen hohen Teilnehmerszahl trugen lokale und angereiste extrem rechte Jugendgruppen bei. Beide Akteure profitieren voneinander.

Feindbild Zivilgesellschaft

Nicht nur auf der Straße erlebten mehr Menschen Anfeindungen und Gewalt für ihr zivilcouragiertes Eintreten für Demokratie, Antirassismus und gegen die extreme Rechte. Die Neue Rechte verstärkte ihre organisierten Angriffe gegen die demokratische Zivilgesellschaft. Das traf auch Organisationen und Personen in Berlin. Die „Aktionswochen gegen Rassismus“ sahen sich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf massiven Störversuchen ausgesetzt: Nach Angaben der Veranstaltenden gab es hunderte Fake-Anmeldungen zu Veranstaltungen unter Namen wie „Adolf Hitler“. Zudem versuchten AfD-Abgeordnete sich unangemeldet Zutritt zu verschaffen bzw. trotz Hinweis auf Überfüllung teilzunehmen. Und Vertreter*innen des Medienportals NIUS fertigten nicht genehmigte Aufnahmen von Veranstaltungen an, bei denen sie sich nicht als Presse zu erkennen gaben (Quelle: Register Charlottenburg-Wilmersdorf). Im Oktober gab es einen Shitstorm gegen die „Amadeu Antonio Stiftung“. Der Vorwurf: die Organisation wolle die Pressefreiheit gewaltvoll einschränken, Grundlage war eine Infoveranstaltung in Berlin über rechte Medien. Eine Mitarbeiterin erhielt in der Folge rassistische Beleidigungen, Abschiebungs- und Morddrohungen. Betroffen war in einem anderen Fall der Verein „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“.

Es sind die gleichen diffamierenden Narrative, mit denen sich auch schon die Berliner Register 2023 konfrontiert sahen. Wie damals vermutet, gewinnen sie an Reichweite und verfestigen sich auch außerhalb der extremen Rechten zunehmend. Gesprochen wird nun von einem angeblichen „NGO-Komplex“, in welchem Zivilgesellschaft als Feindbild geframt wird, da sie politisch gesteuert wäre, entgegen der Interessen der Bürger*innen agieren würde sowie die Meinungsfreiheit einschränken wollte. Durch Kleine Anfragen, die Infragestellung staatlicher Förderung, Störungen von Veranstaltungen, Desinformation und andere Strategien der Einschüchterung entsteht ein Klima der Unsicherheit.

Jahrelange Kampagnen gefährden queere Sicherheit und Sichtbarkeit

Queere Gleichberechtigung und Sichtbarkeit sind seit Jahren verbindender Gegenstand extrem rechter Mobilisierung und politischer Deutungskämpfe. Im Jahr 2025 wurden 569 LGBTIQ*-feindliche Vorfälle dokumentiert (LGBTIQ*: Lesbisch, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen), so viele wie in noch keinem Jahr zuvor. Sie traten am häufigsten im Sommer auf, in Abwehr queerer



Sichtbarkeit und Emanzipation zur Pride-Saison, sowie rund um die Bundestagswahl zur Mobilisierung von Wählergruppen und kurz nach Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes.

Politische Debatten und alltägliche Queerfeindlichkeit

Im Bundestagswahlkampf 2025 wurde gefordert, das Selbstbestimmungsgesetz zurückzunehmen. In dieser Zeit richtete sich mehr als jeder vierte erfasste queerfeindliche Aufkleber in Berlin gegen das Selbstbestimmungsgesetz oder allgemein gegen trans Menschen. Wenige Wochen nach der Konstituierung des Deutschen Bundestags wurde die Beflaggung mit der Regenbogenfahne untersagt und betont, der Bundestag sei „kein Zirkuszelt“. Das verstärkte in der LGBTIQ*-Community die Sorge vor einem Abbau staatlicher Maßnahmen für queere Sichtbarkeit und Sicherheit. Kürzungen bei Angeboten queersensibler Jugendarbeit und im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bestärken diesen Eindruck.

Queerfeindliche Angriffe erreichten 2025 den dritthöchsten Wert, den die Berliner Register jemals feststellten (2025: 67; 2024: 90; 2023: 85; 2022: 57). Die Angriffe richteten sich 24-mal gegen schwule Männer und 20-mal gegen trans Menschen. Ein Rückgang zeigte sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte bei Angriffen auf trans Menschen. Ein Beispiel: Eine Gruppe junger Männer stürmte im August eine schwule Cruising-Area im Volkspark Friedrichshain. Sie kesselten ihre Opfer ein, hetzten sie durch den Park, traten und schlugen auf sie ein (Quelle: rbb24, Männer Media, Schwulissimo u.a.). Auch die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien gegen LGBTIQ*-Menschen lagen auf dem dritthöchsten Niveau (2025: 124; 2024: 140; 2023: 132; 2022: 78), auch hierbei zeigte sich in der zweiten Jahreshälfte ein Rückgang. Bspw. beleidigte ein Mann eine Frau transfeindlich in einem Bahnhofsgeschäft in Mitte (Register Mitte). In keinem vorherigen Jahr gab es so viele queerfeindliche Propaganda-Vorfälle (2025: 279; 2024: 247; 2023: 160; 2022: 65), wobei auch hierbei der Schwerpunkt in der ersten Jahreshälfte lag. Dies steht im zeitlichen Zusammenhang mit dem Debattenverlauf zum Selbstbestimmungsgesetz, das im Mai 2022 angekündigt wurde. Seitdem stiegen die queerfeindlichen Vorfälle an, nahmen bis zum Gesetzesentwurf Ende 2023 weiter zu und befanden sich bis zum Inkrafttreten im November 2024 auf Höchstniveau. Die Vorfälle wurden überwiegend neonazistischen und neurechten Akteuren zugeordnet.

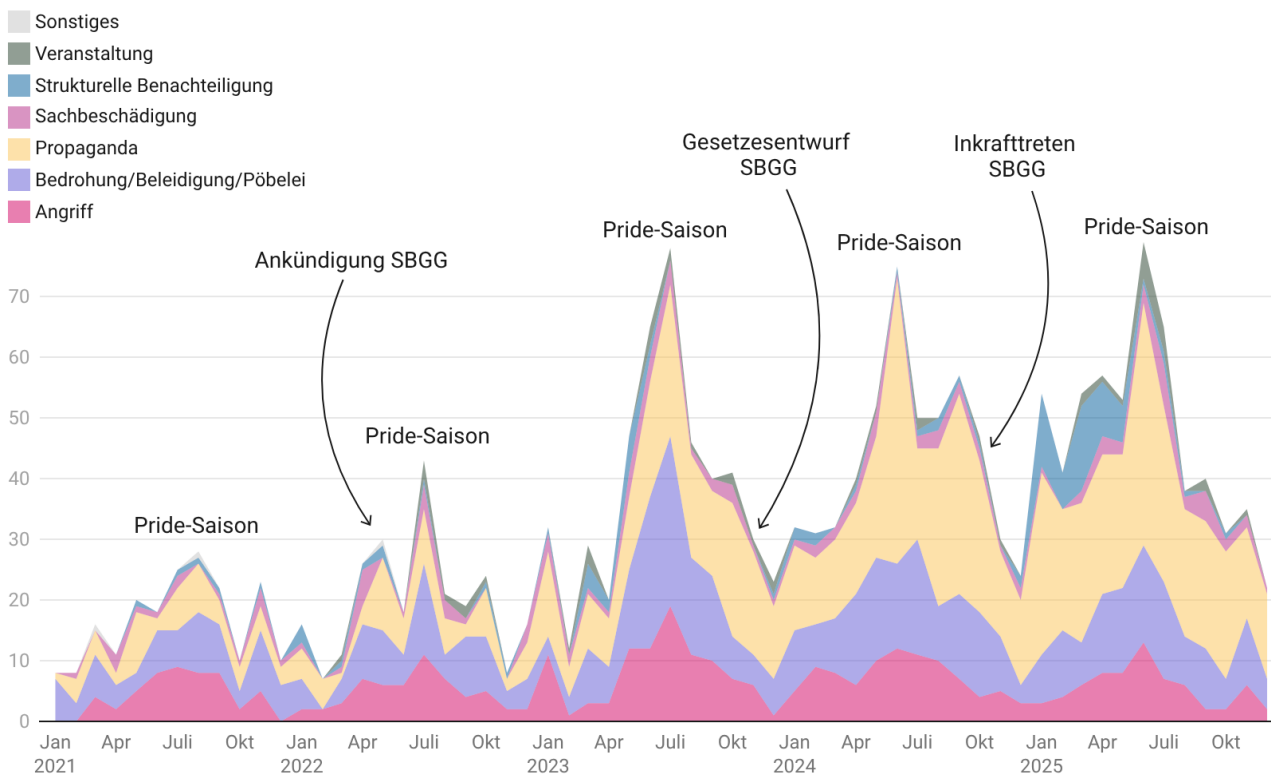
Gegenwehr zu queerer Sichtbarkeit

Extrem rechte Jugendgruppen hatten im Sommer 2024 und 2025 in vielen deutschen Städten gegen CSD-Paraden mobilisiert. In jenen Monaten zwischen Juli 2024 und Juli 2025 war die Zahl der queerfeindlichen Vorfälle in Berlin besonders hoch. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Mobilisierungskraft in der Pride-Saison 2025 in der extrem rechten Jugendszene bereits ab. Am Pride-Wochenende 2025 gab es schließlich mehr extrem rechte Gegenkundgebungen als je zuvor, jedoch mit niedrigen Teilnehmendenzahlen. Auch die Übergriffe an diesem Wochenende waren so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Ob sich darin ein bleibenden Rückgang andeutet, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Im dritten Jahr in Folge wurden Aufkleber der „Stolzmonat“-Kampagne erfasst, allerdings nahm auch hier die Zahl deutlich ab. Es handelt sich um eine AfD-nahe Kampagne als Gegenmobilisierung zur Sichtbarkeit der LGBTIQ*-Community im Pride-Monat. Die extrem rechte Identitäre Bewegung veranstaltete einen „Stolzmonat“-Flashmob. Im November fand am Schloßplatz eine neurechte Kundgebung gegen eine Drag-Lesung statt, unter die sich auch neonazistische Medienaktivisten mischten. Mit solchen Formaten werden unter dem Vorwand des Kinderschutzes Kulturorte und Bibliotheken eingeschüchert und Schwulenfeindlichkeit anschlussfähiger gemacht. Dem stellten sich viermal so viele Berliner*innen entgegen.



Andere Feindbilder stehen allerdings derzeit im Vordergrund. Doch dies stellt keine grundlegende Entwarnung dar: Dass parallel zur Abnahme der Propaganda auch Angriffe sowie Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien zurückgingen, zeigt nochmal deutlich den Zusammenhang zwischen einem gesellschaftlichen Klima der Ausgrenzung und der Gewalt gegen gesellschaftliche Minderheiten.

LGBTIQ*-feindliche Vorfälle im Jahresverlauf



Erstellt mit Datawrapper

Antisemitismus: Anhaltend feindselige Stimmung

Es wurden weiterhin sehr viele antisemitische Vorfälle gemeldet, auch wenn die Zahl leicht zurückging. 2025 war das Jahr mit den zweitmeisten antisemitischen Vorfällen, die seit dem Beginn der Dokumentation je erfasst wurden. Insgesamt wurden 1705 antisemitische Vorfälle festgestellt. Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem folgenden Gaza-Krieg waren die Vorfälle immer deutlich höher als vorher.

Berliner Jüdinnen*Juden wurden weiterhin für die Ereignisse im Nahostkonflikt pauschal verantwortlich gemacht. Das zeigte sich im Jahresverlauf besonders deutlich: Zur Waffenruhe ab Mitte Januar 2025 ereigneten sich nur wenige Vorfälle, jedoch noch immer doppelt so viele wie im Vergleichsmonat Januar 2023. Mit dem Beginn der israelischen Bodenoffensive in Gaza im April 2025 und erneut im Juni 2025 zum Zwölfstagekrieg zwischen Israel und dem Iran stiegen antisemitische Vorfälle augenblicklich an. Auch um den Mitte Oktober vereinbarten Waffenstillstand gab es besonders viele Ereignisse. Das zeigte sich in Veranstaltungen und Propaganda-Vorfällen (Aufkleber, Schmierereien), aber auch in Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien und sogar in Dienstleistungsverweigerungen, z.B. in Geschäften und Clubs.



752 antisemitische Vorfälle fanden online statt, z.B. als Hass erfüllte E-Mails an jüdische Einrichtungen und Einzelpersonen. Diese Zuschriften wurden nur dann dokumentiert, wenn die Empfänger*innen darin gezielt antisemitisch angesprochen wurden.

Antisemitische Internet-Pamphlete ohne Adressat*innen wurden nicht gewertet. In den Bezirken der Innenstadt dominierten Propaganda, Veranstaltungen und Sachbeschädigungen das antisemitische Geschehen. Am östlichen Stadtrand, das heißt in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick fand sich vor allem Propaganda, die zum Teil auf neonazistische Akteure zurückgeführt werden konnte. Rund 40 Vorfälle ereigneten sich an und um Berliner Hochschulen, wo um politische und akademische Deutungshoheit gerungen wird. Nur am nordwestlichen Stadtrand (Reinickendorf, Spandau) wurden den Berliner Registern nur wenige Vorfälle gemeldet.

Die Berliner Jüdinnen*Juden sind durch die seit über zwei Jahren andauernde antisemitische Mobilisierung im Alltag schwer eingeschränkt. Zum einen gibt es für sie weniger frei und sicher zugängliche öffentliche Räume. Zum anderen beeinträchtigen Angriffe, Einschüchterungen, Propaganda und Versammlungen ihr Sicherheitsgefühl stark. Der Rückgang der dokumentierten antisemitischen Vorfälle gegenüber dem Vorjahr ist auch darauf zurückzuführen, dass einige Institutionen Vorfälle erst nach Zahlenschluss meldeten und nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus: Ungehörte Entmenschlichung

Sozialchauvinismus meint Überlegenheitsdenken anhand ökonomischer Merkmale und zählt zum Kern extrem rechter Ideologie. Im Berliner Alltag erfahren vor allem Wohnungslose diese Feindseligkeit. Die Berliner Register erfassten 25 sozialchauvinistische Vorfälle. Dabei handelt es sich um die wenigen Ereignisse, die überhaupt öffentlich bekannt werden. Dies hat strukturelle Gründe: Es gibt noch keine geförderte Meldestelle, die alltägliche Obdachlosenfeindlichkeit erfasst; Betroffene sind kaum vernetzt. Es besteht ein großes Dunkelfeld, doch die wenigen Vorfälle zeigen extreme Ausgrenzungen auf:

11 Angriffe auf Obdachlose aus sozialchauvinistischem Motiv konnten gezählt werden. Im März zündete ein 37-Jähriger die Haare einer Frau an, die morgens auf einer Moabiter Parkbank schlief. Nachmittags griff er sie erneut an. (Quelle: Polizei Berlin, BAG Wohnungslosenhilfe). Im September verprügelten zwei Männer einen obdachlosen Mann in Charlottenburg und flüchteten im Auto. (Quelle: Reachout). Mehrmals wurden Zelte angezündet, in denen Menschen schliefen, wie im Dezember in Nikolassee (Quelle: Polizei Berlin, Reachout). Viele der extremen Gewalttaten bleiben jedoch Verdachtsfälle, da kaum etwas zu den Tatmotiven bekannt wird. Bei bestimmten Vorfällen wird extrem rechte Ideologie klar erkennbar. Im Oktober urinierte ein Mann auf eine am Boden schlafende Person, bespuckte ihn und drohte: „Hitler hätte euch auch ins Gas geschickt“ (Quelle: Lichtenberg Register).

Wohnungslosen Menschen wurde mehrmals der Zutritt zu Geschäften wegen ihres Erscheinungsbilds verweigert. Auch Behörden tragen zur Benachteiligung bei: Im September legte die Polizei im Bahnhof Ostkreuz einem offensichtlich verletzten Mann Handschellen an, nachdem er von Securitys geweckt worden war, aber medizinische Hilfe erhielt er nicht (Quelle: Register Friedrichshain-Kreuzberg).

Gesellschaftliche Barrieren verhindern Teilhabe

Auch Behindertenfeindlichkeit (2025: 149; 2024: 77) weist niedrige Vorfallzahlen auf. Denn auch Menschen mit Behinderung finden für ihre Anliegen wenig Aufmerksamkeit, sind im Alltag mit



gesellschaftlichen Barrieren konfrontiert und, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV 2026: Drohender Kahlschlag im Sozialen) aufzeigte, von sozialen Kürzungen besonders bedroht.

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr liegt an einer verbesserten Quellenlage, da mehr Vorfälle über Fachstellen bekannt wurden. 127 der 149 behindertenfeindlichen Vorfälle (85 Prozent) waren strukturelle Benachteiligungen. Menschen mit Behinderung erfuhren dabei Hürden, die eine gleichberechtigte und demokratische Teilhabe verhindern: So wurde die Suche nach barrierefreiem Wohnraum erschwert, denn es fehlt im Land Berlin schlicht an einem Verfahren, damit Menschen mit Behinderung gezielt barrierefreie Wohnungen erhalten. Bei der Bundestagswahl gab es in einem Lichtenberger Wahllokal keinen barrierefreien Zugang zu den Wahlräumen. Im Juni verweigerte ein U-Bahn-Fahrer einem Schwarzen Mann im Rollstuhl die Mitfahrt am U-Bahnhof Mehringdamm (Quelle: Berliner Register).

Darüber hinaus ereigneten sich 5 körperliche Angriffe sowie 16 Beleidigungen und Bedrohungen. Im Dezember schubste jemand eine Frau mit Rollator in einem Aufzug und schlug dann zu, niemand auf dem S-Bahnsteig Schönhauser Allee half. (Quelle: Berliner Register) Auch Behindertenfeindlichkeit knüpft im Berliner Alltag an NS-Ideologie an: Am 23. April 2025 drohte ein Mann auf dem Adlershofer Marktplatz einem älteren Herrn mit der „Gaskammer“ (Quelle: Register Treptow-Köpenick). Die gemeldeten Vorfälle bilden nicht annähernd ab, was Menschen mit Behinderung in Berlin widerfährt. Doch ihre gleichberechtigte Teilhabe ist Gradmesser und Voraussetzung einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Zivilcourage braucht Expertise

Berlin ist die Hauptstadt der Vielfalt und steht für eine freie und offene Gesellschaft. Seine mutigen Bewohner*innen ließen Gewalt und Hetze nicht einfach stehen, sondern stellten sich entgegen. Bei 10 Prozent der Angriffe berichteten die Meldenden von Zivilcourage: Zeug*innen widersprachen, halfen den Betroffenen und riefen Hilfe.

Die Berliner Nachbarschaften stören sich an extrem rechter und diskriminierender Propaganda: Sie entfernten Aufkleber, stellten Anzeigen bei der Polizei, informierten Politiker*innen und meldeten sich bei Beratungs- und Dokumentationsstellen. Journalist*innen klärten über neonazistische Demonstrationen auf, wobei sie teils in ihrer Pressefreiheit eingeschränkt wurden. Der Versuch extrem rechter Akteure, mit Aufmärschen und Kundgebungen in der Berliner Innenstadt Fuß zu fassen, rief neue Bündnisse und Großproteste hervor. Schon Anfang des Jahres gingen tausende Berliner*innen für den Zusammenhalt der demokratischen Parteien bei der Bundestagswahl vors Brandenburger Tor.

Der Mut der Vielen benötigt politische Rückendeckung. Sie entsteht im Zusammenspiel von Nachbarschaften, Vereinen und Initiativen, Verwaltung und Politik. Zivilgesellschaftliches Engagement fördert Freiheit, Selbstverantwortung und Demokratie. Die extreme Rechte übt politischen Druck aus, in orchestrierten Shitstorms und mit Desinformation stellt sie die Zivilgesellschaft und couragiertes Handeln in Frage. Haushaltsbedingte Kürzungen im sozialen Bereich und der Umbau von Bundesprogrammen senden angesichts dessen ein falsches Signal und erhöhen stattdessen den Druck auf Projekte, Initiativen, Bündnisse und Engagierte auch in Berlin.